

## 6 SOZIALISMUS

### 6.1 BEGRIFFLICHES

#### 6.1.1 Sozialismus

Neben Liberalismus und Konservatismus ist der Sozialismus eine der grossen politischen Strömungen des 19. und 20. Jahrhunderts (vgl. Schiller 1985: 925-930). Der Kern des Sozialismus liegt in der Neugestaltung der Wirtschaftsordnung (Eigentums- und Produktionsverhältnisse) zugunsten einer gesellschaftlich gesteuerten und egalitär geordneten Ökonomie. Diese bildet gemäss dem Sozialismus die Grundlage für eine umfassend gedachte politische und gesellschaftliche Emanzipation unterdrückter Gruppen, zunächst der Arbeiterschaft. Bei der Erlangung dieser Ziele haben soziale Bewegungen und die Solidarität unter ihnen vorrangige Bedeutung.

#### 6.1.2 Demokratischer Sozialismus

"Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht; die Demokratie jedoch nur durch den Sozialismus erfüllt." Seit der Spaltung der Arbeiterbewegung in eine sozialdemokratische und kommunistische Richtung beinhaltet dieses Selbstverständnis des demokratischen Sozialismus eine doppelte Abgrenzung: Gegenüber konservativen und bürgerlichen Absichten, den Sozialismus als undemokratisch auszugrenzen, und dem real existierenden Sozialismus, der die 'Diktatur des Proletariats' vertritt. Der demokratische Sozialismus prägt das Grundverständnis der 1951 gegründeten Sozialistischen Internationalen.

#### 6.1.3 Ökosozialismus

Bezeichnung für einen ökologisch aufgeklärten demokratischen Sozialismus, der an den menschlichen und sozialen Grundintentionen des Sozialismus festhält, unter dem Eindruck der sichtbar werdenden natürlichen und sozialen Grenzen des Wachstums die wirtschaftlich-industrielle Entwicklung kritisiert und Korrekturen an den überkommenen Leitbildern, Methoden und Organisationsformen des Sozialismus vornimmt.

#### 6.1.4 Die Neue Sozialdemokratie

Unter der Bezeichnungen „Die Neue Mitte“ oder „Der Dritte Weg“ entstand in den 1990er Jahren vor allem in Grossbritannien (Tony Blair) und in Deutschland (Gerhard Schröder) eine Form der Sozialdemokratie, welche verstärkt auf marktwirtschaftliche Elemente setzt und klassische wohlfahrtsstaatliche und wirtschaftspolitische Standpunkte der traditionellen Sozialdemokratie in Frage stellt. Auch in zahlreichen anderen Ländern zeichnen sich entsprechende Tendenzen ab. Zur Zeit wird diskutiert, ob es sich dabei wirklich um einen neuen Weg oder lediglich um eine Kapitulation vor dem Neoliberalismus handelt. Als Vordenker dieser Form der Sozialdemokratie gilt Anthony Giddens mit seinem Buch „Beyond Left and Right“ (1994).

### 6.2 SOZIALISMUS ALS IDEOLOGIE

Zu den zentralen Merkmalen zählen in Anlehnung an VON BEYME (1984):

### **6.2.1 Kritik an Eigentum und Markt**

Grundsätzliche Kritik: Markt und Eigentum an Produktionsmittel seien nicht geeignet, allen Gruppen und Schichten Wohlstand und gerechten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum zu gewähren (und im Oeko.-S: Produktionsgrundlagen zu erhalten). Letzteres zu erreichen, ist Ziel aller wirtschaftspolitischen Eingriffe. Jedoch unterschiedliche, eher pragmatische Stossrichtungen: Agrar- und Bodenreformen in einzelnen Ländern, Nationalisierung von Schlüsselindustrien oder Dienstleistungsbetrieben in Industriegesellschaften (z.B. GB, FR), die Ausdehnung des öffentlichen Dienstleistungssektors (z.B. Sozialdienste für Erwerbstätige mit Kindern) oder Arbeitnehmerfonds zur Neutralisierung von Gewinnen (vor allem skandinavische Länder).

### **6.2.2 Gezielte Beeinflussung gesellschaftlich-ökonomischer Entwicklung über den Staat**

In der Nachkriegszeit z.B. die staatliche Intervention in die Wirtschaft, die Orientierung an der politischen Planung (vor allem F), die Globalsteuerung und Strukturpolitik (BRD) oder eine konzeptionell-langfristige Bildungs- und Sozialpolitik (S) durch den Staat. Keynesianismus mit seinem antizyklischen Verhalten. Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik.

### **6.2.3 Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat**

Wo Abgrenzung gegenüber traditionellem Marxismus: Vertrauen in die Reformfähigkeit des Kapitalismus, in die Möglichkeit der Lösung der sozialen Frage, und in die Beteiligung der Lohnabhängigen am wirtschaftlichen Fortschritt durch eine Umverteilung materieller Güter über staatliche Politik. Glaube an die Möglichkeit der Umverteilung gesellschaftlicher Macht durch den Mechanismus der Demokratie, und der politischen Wirksamkeit von Solidarität mit Benachteiligten. Umverteilung als gesellschaftlicher Anspruch und nicht als gezielt Unterstützung mit Fürsorge-Charakter.

### **6.2.4 Die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft**

Historisch: Kampf um allg. Wahlrecht (Frauen), Beseitigung von Diskriminierungen der Arbeiterschaft durch Wahlsystem. Später: Anerkennung der Arbeitnehmerorganisationen als gleichberechtigte Sozialpartner, direkte Beteiligung der ArbeiterInnen und Angestellten in den Betrieben über Mitbestimmung; Selbstverwaltung und Demokratisierung nicht-staatlicher Lebensbereiche.

### **6.2.5 Die ökologische Frage**

Einbruch in die klassische Doktrin, soziale Struktur- und Verteilungsprobleme über wirtschaftlich-technisches Wachstum (und Umverteilung) zu lösen. Vorstellungen "qualitativen Wachstums" unter Eingriff in Marktstrukturen und unter Berücksichtigung der (Um-)verteilungsfragen.

### **6.2.6 Verhältnis zu andern Bewegungen, unterschiedliche Richtungen**

"Die Sozialdemokratie ist immer von rechts bekämpft und von oft links verspottet worden. Ihr Jahrhundertentscheid, Evolution statt Revolution, Reform statt Umsturz anzustreben, löste gewaltige Diskussionen aus. Ihre Antwort darauf lautete: „Bekanntlich aber beginnt auch der längste Weg mit dem ersten Schritt. Und jeder Schritt ist von Bedeutung, wenn die Richtung stimmt, sagte Erich Fromm“ (Hubacher, 100 Jahre SPS).

Als wichtigste Abgrenzungen gegenüber anderen Bewegungen der Linken: Reform (nicht Revolution) und Umverteilung von Macht durch Demokratie.

Aus Zwischenposition und Reformismus werden verständlich:

- historisch: Spaltungen und Sammlungen
- grundsätzliche, aber konkret sich verändernde Oppositionsrolle auf der einen, Versuch der Erringung von Regierungsmacht auf der andern Seite
- unterschiedliche Richtungen heutiger europäischer SD-Parteien
- regelmässige Revisionen kurz- und mittelfristiger Programme aufgrund parteiinterner Auseinandersetzung

### **6.2.7 Weltliche Utopie**

Festhalten an Realisierbarkeit von mehr menschlicher Würde, des Abbaus von Ungleichheit und Herrschaft, von solidarischer Gesellschaft stützen sich auf verschiedenste Quellen (Marxismus, Aufklärung, christliche Religion).

## **6.3 TRÄGER SOZIALISTISCHER IDEEN**

### **6.3.1 Gründung (1830-1864)**

Theoretische Entwicklung des Sozialismus als eine von verschiedenen konkurrierenden politischen Denkweisen der Arbeiterschaft; unter den Frühsozialisten sind Sozialreformer, deklassierte Intellektuelle und gebildete Handwerker von besonderer Bedeutung. Mit Karl Marx beginnt die Kritik am 'utopischen' Sozialismus, der in einen 'wissenschaftlichen Sozialismus' mündet und die Arbeiterschaft zu organisieren beginnt.

### **6.3.2 Aufstieg und Zerfall der internationalen Arbeiterbewegung (1864-1917)**

---

Mit der Gründung der Ersten Internationalen (1864-1872) werden die ursprünglichen Ideen in eine politische Kraft umgewandelt. In den meisten europäischen Ländern entstehen Arbeiterparteien, im lateinischen Sprachraum eher anarchistisch oder syndikalistisch ausgerichtet, im Norden und Zentrum Europas eher marxistisch orientierte. Innerhalb der SPD beginnt die Auseinandersetzung mit den Prinzipien des Marxismus (Revisionismus-Streit), der die ideologische Spaltung der Arbeiterschaft vorzeichnet. Die internationale Arbeiterbewegung zerbricht am Vorabend des Ersten Weltkrieges, indem nationale Interessen über Klasseninteressen siegen und der Ausbruch des Krieges nicht verhindert werden kann.

### **6.3.3 Spaltung in zwei Lager und faschistische Herausforderung (1917-1945)**

Der Erfolg der Russischen Revolution 1917 spaltet die Arbeiterbewegung in zwei unversöhnliche Lager: Gründung der Kommunistischen Internationalen 1919 unter leninistischer Vorherrschaft. In verschiedenen europäischen Staaten kommt der Sozialismus an die Macht. Er kann trotz verschiedenen politischen Allianzen den Aufstieg des Faschismus nicht verhindern. Während des Zweiten Weltkriegs wird der internationale Sozialismus erneut geschwächt.

### **6.3.4 Aufstieg der Sozialdemokratie (nach 1945)**

Der Demokratische Sozialismus entwickelt sich zu einer führenden politischen Kraft der Nachkriegszeit Europas; 1951 wird die Sozialistische Internationale gegründet. Beteiligung an der Regierung in den meisten westeuropäischen Staaten während der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Übergang von Arbeiter- zu Volksparteien; das 'Godesberger-Programm' der SPD als Leitbild des 'gemäßigten Sozialismus'.

### **6.3.5 Generationenkonflikte, Wirtschaftskrisen und Wertwandel als Herausforderung (nach 1968)**

Die kritische Auseinandersetzung der 68er mit der Rolle der USA in Europa, Vietnam und der Dritten Welt, aber auch mit der Wohlstandsgesellschaft und der herrschenden Moral fordern die bestehenden politischen Verhältnisse heraus. Übergang zu einer sozial-liberalen Phase mit Mitte/Links-Regierungen, die aber durch Wirtschaftskrisen einerseits, durch die Kritik der neuen sozialen Bewegungen (Frauen-, Umwelt-, Friedensbewegung) andererseits herausgefordert sind.

### **6.3.6 Die Sozialdemokratie auf dem Weg zur Mitte?**

In zahlreichen Ländern (v.a. aber in England und Deutschland) findet eine Öffnung zur Mitte statt. Abgesehen von wenigen Ausnahmen sind in den meisten europäischen Ländern sozialdemokratische Parteien an der Macht oder zumindest an der Regierung beteiligt. Neben dem traditionellen, gewerkschaftlichen Flügel und den ehemaligen Exponenten von Linkausenparteien und Aktivisten der neuen sozialen Bewegungen beginnt sich ein neues Potential zu formulieren, welches sich vor allem von der Fortschrittlichkeit der SP im lebensweltlichen Bereich, den grundsätzlichen Gerechtigkeits- und Solidaritätsansprüchen und den transnationalen Integrationsbemühungen der Sozialdemokratie angezogen fühlt.

## **6.4 DER SOZIALISMUS IN DER SCHWEIZ - AM BEISPIEL DER SPS**

### **6.4.1 Die Entwicklung der sozialdemokratischen Programmatik**

In Analogie zur westeuropäischen Entwicklung lässt sich die programmatische Entwicklung wie folgt gliedern:

#### **6.4.1.1 Gründungszeit:**

Vom internationalen Sozialismus nur wenig beeinflusst, gibt sich der Sozialismus in der Schweiz betont nicht-klassenkämpferisch. Schwache Basis. Albert Steck, Jurist, Berner Patriarch und erster Parteipräsident verfasst das 'Berner Programm': Organisation aller wirtschaftlichen Tätigkeiten durch das Volk als Leitgedanke; der Kampf 'aller gegen alle' soll durch wirtschaftliche Reformen überwunden werden; der legale und evolutionäre Weg steht im Vordergrund (1. Volksinitiative Recht auf Arbeit 1894). Offizielle Parteigründung 1888. Erste sozialdemokratische Parteien tauchen in der Schweiz schon 1850 auf (GE, BE, ZH) (Gruner 1977: 126 ff.).

#### **6.4.1.2 Internationalisierung bis zum Generalstreik:**

1904 neues, marxistisch orientiertes Programm. Gründe: Grosse Depression, zunehmende Sozialkonflikte, bürgerliche Repression (Militäreinsätze gegen Streikende). Otto Lang, Oberrichter und Verfasser der Grundsätze, befürwortet den 'proletarischen Klassenkampf' zur Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft und verlangt den Ersatz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine Gemeinwirtschaft auf demokratischer Grundlage. Ziel, die Arbeiterschaft zu einem möglichst geschlossenen Zusammenschluss zu bewegen, um ihren politischen Einfluss zu erhöhen. Nach dem Zerfall der internationalen Sozialdemokratie finden 1915 in der Schweiz zwei Kongresse (Zimmerwald und Kiental) zur Neubelebung des Internationalismus statt.

#### **6.4.1.3 Radikalisierung und Spaltung der Sozialdemokratie:**

Generalstreik 1918. 9 Forderungen: sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporz; aktives und passives Frauenwahlrecht; Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht; 48-Stunden-Woche; Reorganisation der Armee als Volksheer; Sicherung der Lebensmittelversorgung; Schaffung der AHV; Staatsmonopol im Aussenhandel; Tilgung der Staatsschulden durch die Besitzenden.

Im Gefolge des abgebrochenen Generalstreiks zweite Programmrevision unter Robert Grimm (1920): Das radikalisierte Programm fordert die Eroberung der politischen Macht als nächstes Ziel der Arbeiterklasse, wenn nötig durch die 'Diktatur des Proletariates'; nur Einzelaktionen und Putschversuche werden abgelehnt. Die SPS geht auf kritische Distanz zur bürgerlichen Demokratie als 'Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie' und erweitert ihre Kapitalismuskritik durch die Ablehnung des Imperialismus. Die 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kom-

---

munistische Internationale werden jedoch von einer Mehrheit abgelehnt, was zur Abspaltung des linken Flügels und zur Gründung der KPS führt.

#### **6.4.1.4 *Schrittweise Integration unter dem Eindruck des Nationalsozialismus:***

Die offensive Phase, während der auch die Beteiligung an der Landesregierung verlangt wird (1929), findet durch die Machtergreifung Hitlers 1933 ein rasches Ende. Dritte Programmrevision unter Robert Grimm bringt Abkehr vom Marxismus: Streichung der 'Diktatur des Proletariates', Aufwertung der Demokratie und Bekenntnis zum bewaffneten Grenzschutz; weiterhin Kapitalismuskritik, jedoch verstanden als Kampfgemeinschaft aller 'ausgebeuteten Volksschichten'.

'Plan der Arbeit' als Aktionsprogramm; Kriseninitiative als Antwort der Gewerkschaften auf die Wirtschaftslage. Die SPS tritt der 'Richtlinien-Bewegung' bei, die über die Arbeiterbewegungen hinaus alle fortschrittlichen Kräfte gegen den Faschismus sammeln will. Der SMUV geht das Friedensabkommen ein und begründet die Sozialpartnerschaft. Trotz vier Vakanzen im Bundesrat 1940 wird kein Sozialdemokrat gewählt.

Im Hinblick auf die Nachkriegszeit gibt sich die SPS 1942 das Aktionsprogramm 'Neue Schweiz', das die Verknüpfung von Armeeanerkennung und Ausbau der Sozialpolitik bringt. 1943 Ernst Nobs erster SP-Bundesrat; sein Nachfolger, Max Weber, verlässt 1953 die Landesregierung nach der Ablehnung seiner Finanzreform durch das Stimmvolk.

#### **6.4.1.5 *Regierungsbeteiligung, Pragmatismus und Gesellschaftsreform unter dem Eindruck des Wirtschaftswachstums (1959-1973)***

Die vierte Programmrevision unter W. Bringolf ('Winterthurer Programm', 1959) schreibt den Übergang zur gemäßigten Volkspartei fest und ist eine Vorbereitung auf den Eintritt in die Landesregierung (Zauberformel 2:2:2:1 ab 1959). Produktivitätssteigerung, Vollbeschäftigung, gerechte Verteilung materieller Güter, Steuergerechtigkeit, Demokratisierung, soziale Sicherheit und Chancengleichheit als "Fortschritts"-Forderungen.

#### **6.4.1.6 *Neuorientierungen angesichts der Wirtschaftskrise und neuen sozialen Bewegungen***

Ideen eines radikalen Programmentwurfs (Bruch mit dem Kapitalismus; Selbstverwaltung als Grundlage der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung) werden im 1982 beschlossenen Programm von Lugano relativiert. Hingegen: grundsätzliche Kritik am Fortschrittsglauben der 60er Jahre, z.T. auch an der "Staatsgläubigkeit" und öffnet die Sozialdemokratie für die Anliegen der neuen sozialen Bewegungen, insbesondere der Umwelt- und der Frauenbewegung. Vor allem die Nicht-Wahl der ersten Frau in den Bundesrat (L. Uchtenhagen) führt 1984 zu einer Grundsatzdebatte über den Verbleib in der Regierung. Erneute Diskussionen seit den Nationalratswahlen von 1987.

### **6.4.1.7 *Der lange Marsch durch die Institutionen trägt Früchte***

Nationalratswahlen 1995 und 1999: Aufwärtstrend. Ursachen: Erfolgreiches Vordringen in Teile der neuen Mittelschichten, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit seit Beginn 1990er Jahre, solide konzeptuelle Arbeit verknüpft mit geschicktem Politikmarketing. Das Vertrauen der sozialdemokratischen Wählerschaft in den Staat steigt. Konflikte zwischen Verhandlungslogik (Bodenmann) und Basisbezug (Koch), zwischen gewerkschaftlich orientiertem Flügel, Bewegungssektor und Anhängern einer Neuen Mitte-Politik beginnt sich abzuzeichnen. Personelle und organisatorische Schwierigkeiten.

## **6.5 PERSPEKTIVEN DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS**

### **6.5.1 Ende des sozialdemokratischen Zeitalters?**

- Schwinden der klassischen Wählerbasis im Zuge der Tertialisierung und Individualisierung der Beschäftigung;
- "Selbsteliminierung" durch "Verbürgerlichung" des "Arbeiters";
- Ende der "Gleichheitspolitik";
- Schwinden von Klassenbewusstsein und Solidarität der Benachteiligten;
- Überlebtheit keynesianischer und sozialdemokratischer Wirtschaftsrezepte gegenüber Neoliberalismus und -konservatismus;
- Grenzen gesellschaftlicher Gestaltungsfähigkeit staatlicher Politik.

### **6.5.2 Neue Rollen neben klassischer Funktion<sup>25</sup>**

- Klassische Verteilungskonflikte im Beschäftigungssektor nehmen nicht ab, sondern bleiben. Einmal erreichte Verteilungskompromisse müssen dauernd neu erkämpft werden. Daraus: notwendige Integrationsfunktion in entwickelten kapitalistischen Demokratien, die in Westeuropa nur durch sozialdemokratische Parteien wahrgenommen wird.
- Risiken struktureller Arbeitslosigkeit nehmen nicht ab; mit der Globalisierung der Märkte verschieben sich die Machtanteile zwischen Arbeit und Kapital zugunsten des letzteren (höhere Mobilität). Politischer "Markt" für ArbeitnehmerInnenpartei. Jedoch: Erfolgchancen nur bei verstärkter internationaler Zusammenarbeit.
- Neue Wählerpotentiale (Frauen, neue Professionelle und Bildungsschichten etc.).
- Alle wichtigen Ökologiefragen (Definition von Risiken, Berücksichtigung der Ansprüche künftiger Generationen, Internalisierung sozialer/ökologischer Kosten in die Marktpreise, Verbote von Tätigkeiten mit irreparablen Schadensfolgen) sind zugleich strukturelle und verteilungspolitische Ökonomiefragen. Sie bedingen politisch-demokratische Festlegung von Marktbedingungen und Interventionen, Nutzung zentraler und dezentraler staatlicher Strukturen.

<sup>25</sup> Vgl. z.B. Rote Revue Nr. 3/1989, S. 16-26 oder kritisch Fred Müller : Sozialdemokratie. Auf zum letzten Gefecht. Facts vom 5. Dez. 1996.

### 6.5.3 Es gibt einen Dritten Weg

- Der Dritte Weg ist mehr als nur Neoliberalismus.
- Markt, Wettbewerb und Leistungsprinzip haben in einem sozialdemokratischen Programm ihren Platz.
- Das Primat der Politik wird nicht aus der Hand gegeben.

#### *Fragen zum Selbststudium*

1. Nehmen Sie Stellung zur Aussage: Die Sozialdemokraten sind auf (Bundesebene) formell kooptiert.
2. Diskutieren Sie aus sozialdemokratischer Sicht das Pro und Contra eines Regierungsaustrittes auf Bundesebene.
3. Was meinen Sie zur These: Die Zusammenarbeit der SP mit den Gewerkschaften hat sich überlebt. Es ist besser, sich von den Gewerkschaften zu trennen und eine neue Basis zu suchen.
4. Was spricht in der Schweiz für eine SP à la Schröder, was spricht dagegen?
5. Überprüfen Sie, anhand eines tagespolitischen Geschäfts, wie weit Sie die hier behandelten Positionen in Argumentation und Vorstößen der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung finden.